

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/219

Bonn, den 17. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	Aus eigener Kraft	112

Alfred Nau zum 60. Geburtstag  
Von Willy Brandt, Vorsitzender der SPD

3a	<u>Zurückgeblieben</u>	23
----	------------------------	----

Der Bundesverteidigungsminister und das Ost-West-Verhältnis

3a	<u>Das Doppelzüngige der CSU</u>	27
----	----------------------------------	----

Will die Strauß-Partei das Steueränderungsgesetz von 1964  
rückgängig machen?

4 - 5	<u>Rathäuser in Zwangsjacken</u>	98
-------	----------------------------------	----

Eine kritische Analyse vor dem Haushaltsjahr 1967

Von Klaus Rusticus

6	<u>Genugtuung und Zweifel</u>	5
---	-------------------------------	---

Die EFTA zur Wilson-Initiative

Von Pierre Simonitsch, Genf

+ + +

Aus eigener Kraft

Alfred Nau zum 60. Geburtstag

Von Willy Brandt, Vorsitzender der SPD

Alfred Nau wird am 21. November 60 Jahre alt. Er gehört zu denen, die zu vital und temperamtenvoll sind, als daß man ihnen die Jahre so ohne weiteres glauben könnte. Älter werden und jung dabei bleiben - das trifft offensichtlich auf Alfred Nau ebenso zu, wie auf die Sozialdemokratische Partei, mit deren Geschichte in den letzten Jahrzehnten sein eigenes Leben und arbeiten aufs engste verknüpft ist. Der einprägsame Satz "Aus eigener Kraft!", den er der Partei immer wieder zugerufen hat, wenn es um die Finanzierung ihrer Aufgaben ging, könnte wohl auch über seinem Leben und Wirken stehen.

Die SPD hat nicht nur politisch einen guten Namen. Sie ist auch bekannt dafür, daß sie das am besten geordnete, solideste Finanzwesen besitzt. Das wesentliche Verdienst an dieser Seite des guten Rufes der SPD kommt Alfred Nau zu, der seit ihrer Wiederbegründung Schatzmeister der SPD ist und ihrem Parteipräsidium angehört. Er hat nicht ohne Stolz erklären können, daß die SPD keine arme Partei sei. So mancher, der mit Finanzfragen befaßt ist, könnte einiges von ihm lernen. Alfred Nau hat, wenn es nötig war, vorschlagen können, die "Parteisteuer" zu erhöhen - ohne darüber zu stürzen. Dabei unterscheidet sich innerparteiliche Finanzpolitik sicherlich in ihrem Schwierigkeitsgrad nicht vom öffentlichen Finanzwesen. Einer Partei, die durch hohe Spenden finanzgewaltiger Gönner nicht verwöhnt worden ist, ihre feste materielle Grundlage zu schaffen, das ist schon eine außerordentliche Leistung. Man beneidet die SPD um diese Grundlage - und um Alfred Nau.

Wenn man diese Leistung in ihrem ganzen Umfang würdigen will, muß man an ihre Ursprünge zurückgehen und versuchen, sich noch einmal vor Augen zu führen, welche Situation Alfred Nau vorfand, als ihm, der eben aus englischer Kriegsgefangenschaft wieder nach Hause gekommen war, aufgetragen wurde, nun der Partei ihr finanzielles Rückgrat zu schaffen. Aus den ersten spärlichen Mitgliedsbeiträgen mußte ein Fonds geschaffen werden, der die Aufnahme der politischen Arbeit überhaupt erst einmal ermöglichte. Es mußten Mittel für den Neuaufbau

der Organisation und für die ersten Wahlkämpfe bereitgestellt, es mußte der Nullpunkt Währungsreform überwunden werden. Wenn Alfred Nau seither vom höchsten Gremium unserer Partei, den Parteitagen, regelmäßig mit eindrucksvoller Stimmenzahl wiedergewählt wird, dann liegt das sicher nicht daran, daß man in Finanzfragen auf Kontinuität Wert legt, sondern daran, daß man dem vorbildlichen Treuhänder des SPD-Vermögens einen Vertrauensbeweis erbringen will und daran, daß sich in der Persönlichkeit Alfred Nau die sozialdemokratischen Parteitage-delegierten mit ihrer Treue und ihrem Pflichtbewußtsein wiedererkennen.

Seit vierein seiner sechs Lebensjahrzehnte schon steht Alfred Nau "hauptamtlich" im Dienste seiner Partei. Als er noch Kaufmannslehrling in einem Barmer Versicherungs-Unternehmen war, wurde er Ortsvereinsvorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Als er 22 Jahre alt war, kam er nach Berlin zum Parteivorstand und wurde Mitarbeiter des Hauptkassierers Konrad Ludwig. Wenige Zeit später hatte er eine harte Bewährungsprobe zu bestehen. Er bestand sie mit Mut und Umsicht. Als der Parteivorstand 1933 die schützenden Vorbereitungen für die Zeit des politischen Untergrunds treffen mußte, da war der junge Alfred Nau die Seele dieser risikoreichen Tätigkeit, bei der er im doppelten Sinne des Wortes seinen Kopf einsetzte. Dann kamen für ihn - er war Mitglied des illegalen Zentral-Ausschusses - lange Jahre der Verfolgung und der Kerkerhaft, die er ungebrochen überstand. Als er sich 1945 wieder zur Stelle meldete, war er ein Leidopfer, erfahrener, reifer Mann.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, Alfred Nau könne sich auf stille Verwaltungsarbeit beschränken. Seine Schatzmeister-Funktion zieht ihn von Zeit zu Zeit vor das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Ein Beispiel dafür sind Alfred Naus mehrmonatige und schließlich erfolgreiche Bemühungen, mit den anderen Bundestagsparteien zu einem Abkommen über die Begrenzung der Wahlkampfkosten zu gelangen. Es wurde 1964 zum erstenmal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein solches Abkommen getroffen, das sich über die ganze Bundesrepublik erstreckte. Das Abkommen hat sich in seiner Anlage bewährt. Der deutschen Demokratie ist mit seiner Hilfe ein Dienst erweisen worden. Die Diskussionen um die Parteienfinanzierung und um ein Parteiengesetz währen schon seit Jahren. Alfred Nau hat daran einen führenden Anteil. Er hat sich den bohrenden Fragen der Presse in Bonn gestellt und vor dem Karlsruher Bundessverfassungsgesicht ein förmliches Kolleg über die Organisationsprobleme

der politischen Parteien in der Bundesrepublik gehalten. Seine Erfahrung auf diesem Gebiete, die ihresgleichen sucht, ist der Sozialdemokratischen Partei sehr zustatten gekommen. Seine Partei steht hinter ihm, wenn er verlangt, daß sich die Parteien im Grundsatz "aus eigener Kraft" zu finanzieren haben.

In seinem eindrucksvollen Plädoyer in Karlsruhe hat Alfred Nau den Sinne nach auch gesagt, wahrhafte politische Bildung könne jemand erst dann zuteil werden, wenn er in der politischen Arbeit stehe. Mit dieser richtigen Auffassung hängt eng zusammen, daß Alfred Nau in der ganzen Zeit seines Wirkens und in den letzten Jahren mit erhöhtem Nachdruck darauf hingewirkt hat, daß der politischen Bildung in der politischen Arbeit ein hoher Platz eingeräumt werde. Als seinerzeit - gegen den Willen der SPD - den Parteien erhöhte Mittel zur Verfügung gestellt wurden, setzte er sich dafür ein, daß die SPD diese Mittel dafür verwende, Lücken zu schließen, die in der staatsbürgerlichen Bildung der Jugend klaffen. Die "Schulbuch-Aktion" hat der Sozialdemokratie und der Demokratie überhaupt geholfen.

Alfred Nau ist gewiß der Prototyp des Menschen, der auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens tätig ist, welches man gelegentlich nicht ohne beabsichtigte Geringschätzung den "Apparat" der SPD nennt. Aber zum Typus dieses Menschen gehört mehr als nur der Umgang mit Finanzen und Verwaltungsdingen. Nicht nur die politische Bildung, auch die Kulturpolitik, ja, das Kulturelle schlechthin nehmen einen bedeutenden Platz im Wesen und Wirken Alfred Naus ein. Als geschäftsführender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich der demokratischen Volksbildung widmet, nimmt Alfred Nau eine Position in der deutschen Kulturpolitik ein, die er mit Energie und Hingabe und mit beachtlichem Erfolg ausfüllt. Jedes Gespräch aber mit ihm beweist, wie falsch es wäre, in ihm nun einen bloßen Förderer der Kultur zu sehen; seine persönliche Kultur reicht über die Politik hinaus. - In ein abgerundetes Bild von Alfred Nau gehört noch ein sehr wesentlicher Zug hinein: sein harmonisches Familienleben. Er wird, wie die meisten Politiker, bedauern, seiner Familie nicht so viel Zeit widmen zu können, wie er möchte. So mancher von denen, die mit ihm im Laufe ihrer und seiner Arbeit zu tun hatten, mögen nur seine sachlich-nüchterne Seite kennengelernt haben. Hier und da wird ihm jemand Strenge, niemand aber wird ihm bürokratische Kälte nachsagen. Wer ihn näher kennt und überdies weiß, wieviel Geduld und Präzision zu seiner Arbeit gehören und daß sie täglich neu aufgebracht werden müssen, der weiß sein Lachen und seinen Humor um so mehr zu schätzen.

Wir möchten Alfred Nau nicht missen. Er kann der Dankbarkeit seiner Partei gewiß sein.

Zurückgeblieben - von Hassel und das Ost-West-Verhältnis

sp - Offensichtlich begreift der noch amtierende Bundesverteidigungsminister einer Minderheitenregierung, Kai-Uwe von Hassel, nicht den Prozeß des militär-strategischen Umdenkens, der sich bei unseren wichtigsten NATO-Partnern mit weitgehenden Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis bezieht. Seine letzte Rede auf der NATO-Parlamentariertagung in Paris offenbarte die tiefen Meinungsunterschiede, die zwischen ihm und unseren Verbündeten bestehen. Noch immer träumt von Hassel von einem deutschen Mitbesitz an Atomwaffen in irgendeiner Form, obwohl er wissen müßte, daß alle derartigen Pläne und Absichten schon lange das Zeitliche gesegnet haben. Das hat sogar sein Vorgänger und jetziger CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß eingesehen. Nur Herr von Hassel nimmt es nicht zur Kenntnis, sagt immer noch Fiktionen nach. - Der zweite Auffassungsunterschied grundsätzlicher Natur betrifft die Einschätzung der möglichen aus dem Osten kommenden Gefahren. Der Verteidigungsminister glaubt zwar nicht an einen unmittelbar bevorstehenden Angriff, aber er bekämpft die These der Entspannung und stellt sich damit in Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. Alle drei Mächte suchen nach Gebieten weiterer Übereinstimmung mit der Sowjetunion und erstreben eine Auflockerung der Beziehungen zum gesamten Ostblock - ein Bemühen, für das Herr von Hassel jedes Gespür fehlt. Zum Glück spricht er nicht für die Mehrheit des Parlaments. Ein Mann wie er beschwört die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik herauf. Auch hier ist ein Wechsel im Bundesverteidigungsministerium fällig.

+ + +

Das Doppelzüngige der CSU

sp - Von Tag zu Tag wird das Doppelzüngige in der politischen Argumentation der bayerischen CSU deutlicher. Sie erweckt den Anschein, als ob sie für das Durcheinander in Bonn nicht verantwortlich sei, obwohl selbst innerhalb der CDU in Bonn weitgehend Einigkeit darin besteht, daß die Strauß-Partei die seitherige Regierungsarbeit weit mehr gestört hat als der Koalitionspartner FDP. Wie unredlich die Propaganda der Münchner CSU-Zentrale geworden ist, zeigt sich z.B. auch daran, daß die CSU in dem Flugblatt Nr. 24 "Argumente der CSU" gegen das von CDU/CSU unterstützte Steueränderungsgesetz 1964, das vor allem den sogenannten "Mittelstandsbogen" milderte, dem FDP-Finanzminister "in die Schuhe schieben" möchte. Vor 14 Monaten aber schrieb die gleiche CSU im amtlichen Rednerdienst für die Bundestagswahl 1965 auf Seite 65 unter der Überschrift: "Mittelstandspolitische Leistungen der CDU/CSU in der 4. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages":

- \* "Die wichtigste gesetzgeberische Maßnahme war das Steueränderungsgesetz 1964. Es brachte die Abflachung des Tarifs der Einkommensteuer im mittleren Bereich und die Verdoppelung der Sonderausgabenhöchstbeträge für die private Alterssicherung. Die Progressionsminderung macht insgesamt 1,4 Milliarden DM aus. Von besonderer Bedeutung ist der Paragraph 6b, der die steuerfreie Übertragbarkeit von stillen Reserven bei bestimmten Verbesserungen der Betriebsstruktur im Bereich der mittelständischen Wirtschaft ermöglicht."

Um die Gretchenfrage, ob sie das Steueränderungsgesetz 1964 wieder rückgängig machen möchte, drückt die CSU sich natürlich herum. Im Zweifelsfalle werden die doppelzüngigen CSU-Politiker den Wählern die Rechnung - wie im vergangenen Jahr - nach der Wahl präsentieren.

+ + +

## Rathäuser in Zwangsjacken

Eine kritische Analyse vor dem Haushaltsjahr 1967

Von Klaus Rusticus

Gleichbleibende oder sinkende Steuereinnahmen auf der einen Seite und steigende Ausgaben auf der anderen. Ein weiterhin eingefrorener Kapitalmarkt. Radikale Restriktionsmaßnahmen. Keine nennenswerten Investitionsmittel. Grasse Verkürzungen der Investierungshaushalte bei den meisten der 140 westdeutschen kreisfreien Städte und Stadtstaaten. Das ist die schlagwortartige Skizzierung der Finanzsituation, wie sie sich jetzt bei den Haushaltsberatungen für 1967 abzeichnet.

### Einige Stimmen zur Lage

Die prekäre Lage in den Rathäusern kann nicht besser dargestellt werden als durch einige Stimmen aus öffentlichen Sitzungen westdeutscher Kommunalparlamente bei den Haushaltsberatungen für 1967:

- \* "Wir mußten den außerordentlichen Haushalt für 1967 um 25 Prozent niedriger halten als im Vorjahr. Diese Entwicklung kann schon in Kürze zu einer Lähmung der kommunalen Aufgabenerfüllung führen", so der Oberstadtdirektor einer niedersächsischen Großstadt (240 000 E).
- \* "Der Aufbau der Stadt stagniert als Folge fehlender Haushaltsmittel, die Gesundung muß von außen kommen!"... so die Feststellung des Kämmers einer anderen Stadt (über 100 000) zum Haushaltsentwurf 1967.
- \* "Der Bund hat die höchste Steigerungsquote bei den Steuereinnahmen und die geringsten Investitionsaufgaben. Die Gemeinden haben die geringste Steigerungsquote und die größten Investitionen!" so der Oberstadtdirektor einer Großstadt im Ruhrgebiet (über 250 000 E).
- \* "Es vermag keiner über den Schatten zu springen, denn das eigene Steueraufkommen stagniert praktisch seit 1961. Der Haushaltsentwurf für 1967 entsteht aus dem Zwang der Finanznot heraus", so der sozialdemokratische 1. Bürgermeister einer Großstadt (mehr als 110 000 E).
- \* Nach einer bereits 1965 und 1966 immer geringer gewordenen Finanzkraft ist beim Haushalt 1967 deutlich erkennbar, daß der Spielraum für freie kommunalpolitische Entscheidungen noch weiter zusammenschrumpft und jetzt praktisch auf den Nullpunkt absinkt". So das summarische Urteil eines CDU-Sprechers aus der gleichen Stadt.

### Es wurde kein Geld verschleudert...

Es zeigt sich gerade jetzt, da die Gemeinden sich mit allem Geschick und vielfach in ihren Kommunalparlamenten mit aller Bereitschaft zur Meisterung der Gemeinschaftsaufgaben gegen die Diktatur der leeren Stadtkassen zur Wehr setzen, daß sie überwiegend eine konstruktive Finanzpolitik betrieben haben.

Denn in der kommunalen Praxis ist die Senkung des Investierungshaushalts um 25 Prozent (wie beim oben angezogenen Beispiel) noch verhältnismäßig harmlos. Westdeutsche Städte werden 1967 nicht nur einzeln gezwungen sein, ihre außerordentlichen Haushalte, aus denen die Kommunalvorhaben finanziert werden müssen, um fast 100 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Sie werden auf ein "Investierungsniveau" absinken, das den Jahren kurz nach der Währungsreform näher kommt als der jüngsten Zeit.

Unter diesem Aspekt beweisen auch die westdeutschen Gemeinden, daß die ihnen wiederholt gezeigten Vorwürfe, zuviel Geld ausgegeben zu ha-

ben und an einer widernatürlichen Konjunkturüberhitzung, ja, an einer Unterhöhnung der Geldstabilität mitschuldig zu sein, nichts anderes als Phraseologien waren. Jedem Fachmann ist das klar. Hätten nämlich die Gemeinden öffentliches Geld verschleudert, dann wären sie 1967 trotz aller Anspannung nicht in der Lage, ihre Haushalte auszugleichen und die zwangsläufig gestiegenen Schuldendienstverpflichtungen zu erfüllen.

### Wie soll es weitergehen?

Der Deutsche Städtetag, Länderregierungen, die sozialdemokratische Opposition in Bonn und auch einsichtige Politiker der CDU und FDP haben wiederholt eine echte Finanzreform gefordert. Sie läßt - wie man weiß - noch auf sich warten.

Die mannigfachen Aufgaben der westdeutschen Gemeinden aber lassen nicht auf sich warten. Sie verlangen schnelles Handeln. Sie fordern schon für sich Sofortmaßnahmen. Maßnahmen der Infrastruktur, die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben, die Befriedigung kultureller Bedürfnisse, die Anpassung an strukturelle Veränderungen im Wirtschaftsleben, die konstruktive Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, die Erschließung neuer Wohnsiedlungs- und Industriegebiete, in der Summe die zielstrebige Erfüllung aller soziologischen Konditionen, die von der weiteren Entwicklung geprägt werden, zwingen zu der Erkenntnis, daß man den in Not befindlichen Gemeinden helfen muß, damit die Not nicht zum Ruin und zum Erliegen der kommunalen Selbstverwaltung führt.

Wieses weitergehen soll ohne Angleichung des allgemeinen Steueraufkommens an die spezifizierten Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, also ohne eine klare Lösung der Frage einer Harmonisierung der Finanzgebärung auf allen Ebenen, das vermag heute niemand für alle Kommunen geschlossen vorauszusagen. Es gibt für die Gemeinden im Hinblick auf die nächsten Haushaltsjahre zuviel Unsicherheitsfaktoren, als daß man heute auf lange Sicht etwas planen könnte.

### Das Problem der Anhebung der kommunalen Steuern

Was sich heute besonders im Bereich der Schwerindustrie abspielt, berechtigt keinesfalls zu der Hoffnung auf gleichbleibende Gewerbesteuern, die heute noch immer überall die wichtigsten Einnahmequellen sind. Nur an diesen Unsicherheitsfaktor soll hier erinnert werden, weil andererseits von den Gemeinden bereits überlegt wird, ob sie Einnahmeverluste 1967 durch Anziehen der kommunalen Steuerschraube ausgleichen können oder sollen.

Wenn auch manche Rathäuser aus der Zwangsjacke, in die sie gezwängt wurden, herauskommen möchten, wenn sie sich auch vom "anonymen Dirigismus", wie er heute praktisch als Folge der Restruktionspolitik vorhanden ist, befreien wollen und dabei alle Möglichkeiten der Einnahmengleichheit in Erwägung ziehen, so sollte man gerade heute die Steuerpolitik als eine Einheit betrachten.

Der Bundesbürger kann nicht von "oben" und schließlich auch noch von "unten" doppelt belastet werden, damit man aus der allgemeinen Finanzkrise herauskommt, ganz abgesehen davon, daß Erhöhungen von Kommunalsteuern keine Garantie für gleichbleibende Einnahmen sein werden.

Eins der wichtigsten Kapitel im Programm einer neuen Bundesregierung muß die schnelle Stärkung der "Keimzellen der Demokratie" beinhalten.

Diese Keimzellen - Dörfer, Landkreise, kleine und mittlere Gemeinden, die Großstädte sind krank.

Sie wurden "krank gemacht".

## Genugtuung und Zweifel

### Die EFTA zur Wilson-Initiative

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die Ankündigung britischer Sondierungen in den EWG-Hauptstädten über die Bedingungen eines Beitritts zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde von ständigen EFTA-Rat in Genf begrüßt. Zu dem grundsätzlichen Ja der EFTA-Regierungen gesellt sich allerdings ein unüberhörbares Aber... Wohl ist es erklärter Wille der "Sieben", die wirtschaftliche Teilung Westeuropas zu überwinden. An der letzten Ministerkonferenz in Lissabon wurde einstimmig die Ansicht bekräftigt, daß die Schaffung eines ungeteilten europäischen Marktes das Endziel der EFTA bleibt. An der Ehrlichkeit dieser Erklärung ist nicht zu zweifeln, weil gerade die kleineren und geographisch verstreuten EFTA-Staaten durch die jetzige Situation von ihren natürlichen Handelspartnern abgeschnitten sind. Aber die Chancen, in absehbarer Zukunft zu einem Abkommen mit der EWG zu gelangen, werden nicht von allen Regierungen gleich hoch eingeschätzt.

Rückhaltlos unterstützt wird die britische Initiative von Dänemark, Österreich und Norwegen. Für diese drei Länder ist der Handel mit der EWG von beinahe vitaler Bedeutung. Die Ankündigung Wilsons im britischen Unterhaus wurde in Dänemark von allen Parteien mit Genugtuung zur Kenntnis genommen; es ist kein Geheimnis, daß sich die politischen Kreise Kopenhagens immer stärker mit der Frage eines Alleinganges nach Brüssel auseinandersetzen mußten. Österreich verhandelt bereits seit Jahren mit der EWG über ein Sonderarrangement, da ein simpler Beitritt zu den Römer Verträgen mit der österreichischen Neutralität unvereinbar erscheint.

Dagegen haben die Schweiz, Schweden und Portugal an den letzten EFTA-Konferenzen Vorbehalte gegen Verhandlungen mit der EWG zum jetzigen Zeitpunkt geltend gemacht. Die Schweizer Regierung hat offenbar nicht vergessen, daß ihr Assoziierungsgesuch schon fünf Jahre unbeantwortet in einer Schublade in Brüssel liegt. In der Stellungnahme des Bundesrates (Regierung) zur Wilson-Rede heißt es, die Sondierungsinitiative Großbritanniens dürfe die in der EFTA erreichte Freizügigkeit in bezug auf die Industriezölle nicht tangieren und die Fortsetzung der Kennedy-Runde nicht in Frage stellen. Die Schweiz nehme jedoch gern die Einladung des britischen Premierministers zu einer beratenden Konferenz der EFTA-Regierungen an. Auch der schwedische Regierungschef Erländer begrüßte die britische Initiative, fügte aber ebenfalls hinzu, daß es Schweden in erster Linie darauf ankomme, die Verhandlungen der Kennedy-Runde zu Ende zu führen. Mit der meisten Besorgnis blickt wohl die portugiesische Regierung eventuellen Verhandlungen mit der EWG entgegen; infolge seiner auf schwachen Beinen stehenden Wirtschaft ist Portugal nicht einmal in der Lage, den Zollabbau innerhalb der EFTA im vereinbarten Rhythmus mitzumachen und mußte um eine Sonderbehandlung ansuchen.

Die Europäische Freihandelsassoziation wird Ende dieses Jahres ihr erstes Ziel verwirklichen - den vollständigen Abbau aller Industriezölle, wozu es sechs Jahre brauchte. Die erreichte Freizügigkeit gestattet es den EFTA-Ländern, in der Kennedy-Runde mit einer minimalen Ausnahmeliste aufzutreten. Ein Erfolg dieser bisher größten Zollverhandlungen würde wohl die wirtschaftliche Teilung Westeuropas etwas entschärfen, ohne aber die Hauptprobleme zu lösen. Ob ein institutionelles Näherkommen der beiden ungleichen Wirtschaftsgebilde derzeit möglich ist oder ob die Skeptiker Recht haben, wird sich erst in den kommenden Monaten herausstellen.